

23. März 1931

sonal
odice



odice

45
Einzelnummer 10 Pfennig
Zum Sonnabendabend und in allen Kiosken erhältlich

Aller Kräfte für das
Ernst-Hennings-
Aufgebot das Ziel:
1000 neue
Leser bis 1. Mai

Die Rote Arbeiterspätzeitung

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale

Verbreitungsgebiet Ost Sachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rundschau / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Junge

7. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 24. März 1931

Nummer 47

Neue Betrugsmanoever der „linsen“ Führer

„Mindestprogramm“ zur Unterstützung Brünings Stürmische Empörung unter den SPD-Arbeitern

Nun Dresden und den verschiedenen Orten Sachens und des Reiches erhalten wie Berichte, die einstellige belagen, daß das neue Panzerkreuzerprogramm der SPD eine unglaubliche Emigration unter den sozialdemokratischen Arbeitern ausgelöst hat. Das Charakteristisch ist, daß sie sich nicht nur in erregten Diskussionen offenbart, sondern daß diesmal härter als bisher die sozialdemokratischen Proletarier die Frage nach den organisierten Konsequenzen stellen. Die Krise der SPD verhöhlt sich.

Die „linsen“ SPD-Führer verloren noch wie vor diese Stimmung und Bewegung in der Mitgliedschaft aufzufangen und sie bei der SPD zu halten. Charakteristisch für die „linsen“ Betrugsmanoever ist die Resolution des Chemnitzer Bezirkspartei-

Blattes laut so, als wenn es überhaupt keine Panzerkreuzerdebatte in der SPD mehr gäbe. Ebenso „klug“ macht es die „linke“ Volkszeitung für Menschen, die in ihrer Montagsnummer erläutert:

„... Wir werden heute kaum in der Lage sein, uns gerade darüber ein richtiges Urteil zu machen... Die nächsten Tage werden uns darüber Arbeit bringen.“

Die „linsen“ SPD-Führer machen so alle möglichen Manöver, teils beschließen sie „abfahrt“-Resolutionen mit „Mindestprogramm“, die die Arbeiter für die Toletierung der Brüning-Regierung gewinnen sollen, teils warten sie ab, um sich „eine Meinung zu bilden“, teils schreiben sie überhaupt nichts, um die Arbeiter einzufullen.

Die sozialdemokratischen Arbeiter dürfen sich nicht länger irreführen lassen. Es gilt jetzt, mit der Panzerkreuzerpartei abzurechnen. Es gilt, die politischen und organisatorischen Konsequenzen

zu ziehen. Kein sozialdemokratischer Arbeiter kann angehts des Panzerkreuzerprogramms noch Illusionen haben über eine Tenterung der SPD und ihrer Politik haben. Kein sozialdemokratischer Arbeiter kann Illusionen haben etwa über die Bildung einer neuen USP, deren Politik nichts anderes als Arbeiterverrat sein muß. Die Konsequenz für die sozialdemokratischen Arbeiter heißt:

Über die Köpfe der rechten und „linsen“ SPD-Führer hinweg auf die rote Arbeitersfront, die allein von der KPD formuliert wird! Heraus aus der Panzerkreuzerpartei! Hinein in die einzige Partei, die gegen Völkeraus, Brüning-Diktatur und Panzerkreuzerbas lämpft, in die KPD!



Vorwurf: „Mindestprogramm mit Brüning!“

taugen, der vorgelegten Haftbefehl. In der einstimmig angenommenen Entschließung wird zwar die Zustimmung der 9 gebilligt. Dann steht es postulierte.

Der Begeisterung erkennt ohne weiteres an, daß bei Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenmehrheit die Verhinderung der Abstimmung nicht der Verhinderung einer Idee, sondern nur einer anderen Nullstellung über die Blätter entsteigt, unserer Partei zu dienen.“

Das ist es ja, was wir beobachtet haben. Schwarz auf weiß erkannten es die sozialdemokratischen Arbeiter, daß Wels genau wie Babel und Sennwein die gleiche „Idee“, d. h. die gleiche prinzipielle Haltung haben und daß die „linsen“ beiden nur das „Mittel“ des Gemeinsamens als Männchen gebraucht haben, um wie Rosenfeld in dem von uns getrennen gebrochenen Artikel offen erklärt, die Einflussnahme der sozialdemokratischen Arbeiter und Anhänger aufzuhalten.

Dann führt die Entschließung einen Gletscher um die Brüning-Regierung auf, erklärt zweit „zufällig“, daß die „Haltung der Reichsregierung die mehr und mehr zu einer Abhängigkeit von der bürgerlichen Brüning-Regierung führt“, nicht gebilligt wird und sagt dann fort:

„Der Begeisterungsbericht bringt die unerträgliche Haltung eines Mindestprogramms ... des geigigen K. den Lohnabbau aufzuhalten, die Arbeitszeit einzuhalt zu verfügen und die Preispolitik der Kartelle und Monopole zu brechen. Da dieses Mindestprogramm mit der Regierung Brüning nicht vereinbar ist, muß die Toleranzpolitik aufgegeben werden.“

Doch die „linsen“ ebenso wenig wie die Rechten gegen den Lohnabbau kämpfen, hat u. a. ihre Übungserung des Textiltriefs kritisch bewertet. Unter „Vertreibung der Arbeiterschaft“ verbergen sie nichts anderes als den inhaltlichen Lohnabbau. Das ganze „Mindestprogramm“ ist ein neuer Täufchensversuch, dessen Sinn im Wahrheit ist: weil eine Unterdrückung der Brüning-Diktatur. Die Brüning-Regierung als Organ des Großkapitals kämpft natürlich nicht gegen Lohnabbau, sondern führt ihn durch ebenso wie sie die sozialistische Diktatur durchführt. (Charakteristisch Welle ist im „Mindestprogramm“ mit seinem Wort von „Falschismus die Rebe“)

Das „Mindestprogramm“ ist die Reise, mit der die „linsen“ die SPD-Arbeiter an Wels und an die Brüning-Diktatur setzen wollen.

Die „linsen“ SPD-Führer um Wels haben nach dem fraglichen Artikel in der Sonnabend-Nummer des Dresdeners Volkszeitung überhaupt die Sprache verloren. Das Dresden-

zu ziehen. Kein sozialdemokratischer Arbeiter kann angehts des Panzerkreuzerprogramms noch Illusionen haben über eine Tenterung der SPD und ihrer Politik haben. Kein sozialdemokratischer Arbeiter kann Illusionen haben etwa über die Bildung einer neuen USP, deren Politik nichts anderes als Arbeiterverrat sein muß. Die Konsequenz für die sozialdemokratischen Arbeiter heißt:

Über die Köpfe der rechten und „linsen“ SPD-Führer hinweg auf die rote Arbeitersfront, die allein von der KPD formuliert wird! Heraus aus der Panzerkreuzerpartei! Hinein in die einzige Partei, die gegen Völkeraus, Brüning-Diktatur und Panzerkreuzerbas lämpft, in die KPD!

16 Prozent Lohnraub an Bauarbeitern

Die zweite Lohnabbaufensive bedroht alle sächsischen Arbeiter

Dresden, den 24. März.

Pressemeldungen zufolge wurden am Sonnabend die Bekanntmachungen über die lädiichen Lohnabnahmen in Dresden geführt. Die Bauunternehmer forderten bekanntlich bis 31 Prozent Lohnabbau. Durch Schiedspruch wurde, da eine Einigung nicht zustande kam, eine Abrechnung von 15 bis 16 Prozent festgestellt. Der Baugewerkschaft hat den Schiedspruch abgelehnt.

Dieses freche Lohnraub an den Bauarbeitern steht nicht allein da. Auf der ganzen Linie werden die Löhne und Gehälter gesenkt. So sind für die Südwärtssiedlung in freier Vereinbarung mit den reformistischen Fronten die Löhne um 4 Prozent gesenkt worden.

Für den ländlichen Bergbau werden ebenfalls Lohnkürzungen zum 31. März angekündigt. Der Metallarbeiterkampf

läuft bis zum 31. Mai. Die Vorhöhe in Nordwest auf Sennung selbst bei laufenden Tarife um 20 Prozent, der Lohnabbaus an den böhmischen, den Berliner und den Metallarbeitern in einsetzen. Beziehen beweisen, daß auch die Metallarbeiter Sachsen unter Führung des berühmten Mittel vom Sachsenwerk einen erneuten harten Vortrag zur Sennung der Löhne machen werden.

Für die Zigarettenarbeiter, Schuhmacher, Glasarbeiter,

laufen ebenfalls die Tarife im März April und Mai ab. Zahlreiche Unternehmer haben bereits ihre Forderungen auf Lohnabbaus gestellt. Dabei werden Bausiedlerverbände von der Reichsregierung unterstellt. Schon im vorigen Jahr erließ der Brüning, daß ebenso wie die Beamten Gehälter des Reichs, der Länder und Gemeinden, auch in der Privatwirtschaft abgebaut werden müsse. Jetzt hat der Staatssekretär beim Reichswirtschaftsministerium, Trenckeben-Lengen, vor den Glensäniperne eine Rute gehalten, in der er harschlich, es müßten die Selbstfertiger, d. h. die Löhne und Gehälter gesenkt werden, um die Wirtschaftskrise des Kapitalismus zu überwinden. In der Entscheidung dieser Ausbeutertagung heißt es, es ist

eine fühlbare und umfassende Sennung der sozialen und sozialen Werte vorausgesetzt, und die Lohnfrage in Zukunft nur noch wirtschaftlichen (Profitinteressen — d. h. d. KfK) Gesichtspunkten zu regeln“.

Die dieser direkte Sennung der Löhne und Gehälter kommt die neueste Form des Lohnabbaus und der Rationalisierung: Die

Fünftagewoche ohne Lohnausgleich und die damit verbundene verdeckte Unterwerfung. Die Gewerkschaftsföderation tritt auf im Streit um die „Fünftagewoche“ als „Reizungsmaßnahme gegen Überarbeitsfolge“ genauso so, wie 1924 bis 1927 für Rationalisierung.

Diese schändlichen Pläne der Finanz- und Industriegewerkschaften werden durch die Männer der christlichen und reformistischen Bürokratie unterstützt. Hunderte Millionen sollen an Lohn- und Gehaltssummen in die Taschen der Ausbeuter fließen, die Arbeiter und Angestellten getrieben werden.

Streift die Lohn- und Gehaltszucker nicht?

Die KPD organisiert das Kampfbündnis der Betriebe, Büros und Dienststellen, die Waffenstreitkräfte vor den Betrieben und betont, daß die richtigen Streiks gegen Lohnraub politische Streiks sind, die sich gegen das Ausbeuterherrschaft überhaupt richten.

Die Männer erkennen den Herrn der Reformtheorie. Sie kommen in hohen Ehren vor KPD und der Kommunistischen Partei. Die rote Einheitsfront aller Arbeiter, Arbeitnehmer und Angestellten möchte, sie wird erreicht durch die KPD zur revolutionären front bewegenden Mittelpunkt. Der Mannschaft gegen die kapitalistischen Verbündeten wird überall entfacht werden. In allen Betrieben Kampfgeistküsse müssen und mit den Gewerkschaften. Trefft alle Vorberatungen, um den Ausbeutern und ihren Anhängern aus den ländlichen und reformistischen Parteien einen entscheidenden Schlag zu versetzen, bei dem geringsten Verlust der Löhne und Gehälter. Werbt für die Kommunistische Partei, die KPD und Kämpft die Arbeiters der roten Riesenfront gegen das verbrecherliche Finanzkapital!

Arbeiterverrat am laufenden Band

Millionärsteuer von der KPD abgelehnt

KPD erlädt Finanzminister Dietrich ihr Vertrauen / Kommunistische Entschließung zur Mietpreisfrage und Offenlegung der Steuerlisten angenommen / Neuer Immunitätsraub an KPD-Abgeordneten

In der Sonnabendtagung des Reichstages legten die Sozialdemokraten mit Einigkeit der „linsen“ ihren Arbeitserwerb vor. Sozialdemokraten stimmen so mit dem Brüning-Bild den kommunistischen Millionärsteuerung nicht, ebenso den kommunistischen Antrag auf Aufhebung der Sozialsteuer, Erhöhung des steuerfreien Einkommens und Absenkung der sozialen Beiträge auf Einkommen bis 3000 Mark. Unter dem Druck der kommunistischen Kritik wurde jedoch die kommunistische Entschließung auf Offenlegung der Steuerlisten mit 182 zu 163 Stimmen angenommen, ebenso die Entschließung der Kommunisten auf Erhöhung eines Steueranteiles zur Deckung der Rentenversicherung. Aber die KPD geht weiter berücksichtigen. Angenommen wurde ferner ein KPD-Gesetz auf einen 10 prozentigen Einkommenssteuererhöhung bei Einkommen über 30 000 Mark und auf Erhöhung der Sozialsteuer.

C2

82